

Wissen ausgeliefert

Zu viele Scheuklappen, zu wenig Forscherdrang — die Anpasserei beim akademischen Nachwuchs schmälert den wissenschaftlichen und industriellen Standard der DDR. Professoren plädieren für mehr Denk-Arbeit.

An der Spitze der Rebellion stehen alte Männer. Hermann Klare, 71, ein Chemie-Wissenschaftler der DDR, wirft seiner Kollegenschaft „Mittelmäßigkeit“ vor und stellt sich wie anderen Forschern die Frage, „ob wir nicht risikofreudiger sein und uns mehr zutrauen müssen“.

75 ist der emeritierte Ökonomie-Professor Jürgen Kuczynski aus Berlin, der den Hochschulen des Landes vorhält, sie entließen statt „hochgebildeter Absolventen“ zunehmend „Fachidioten“, „Spezialisten ohne Allgemeinbildung“.

Robert Rompe, 74 und Vorsitzender der ostdeutschen Physikalischen Gesellschaft, spricht von Schmalspurforschern, die nicht mehr imstande seien, „die Dinge in ihrem Zusammenhang zu erkennen und zu begreifen“.

Das Aufbegehren der Veteranen, das sich seit Monaten ungeniert in Blättern und bei Diskussionen entlädt, gilt den 53 Hochschulen des SED-Staats, den Laboratorien der volkseigenen Großbetriebe, den 48 Institutionen der Akademie der Wissenschaften. Und daß es dabei so kritisch und öffentlich zugeht, mag daran liegen, daß der Partei die Kontroverse nicht unwillkommen ist: Die Forschung in der DDR hängt zum Teil erheblich hinter der in vergleichbaren Industriestaaten des Westens zurück.

Wohl und Wehe der rohstoffarmen DDR aber werden, ähnlich der Bundesrepublik, unmittelbar vom profitablen Export ihrer Industrieerzeugnisse bestimmt. Und Devisengewinne bei Maschinen oder Anlagen wiederum lassen sich nur erlösen, wenn gleichbleibend technologische Spitzenqualität geboten wird — das Endergebnis wissenschaftlicher Hochleistung.

Nur wer „Erzeugnisse über dem jeweiligen Weltstand anbietet“, dozierte unlängst der Ost-Berliner Wirtschaftswissenschaftler Werner Kalweit Selbstverständliches, „realisiert einen bedeutenden ökonomischen Vorteil“; dagegen „erleidet Verluste“, wer weder bei der Qualität noch bei den Kosten mithalten könne.

Solche Verluste muß die DDR-Wirtschaft seit Mitte der siebziger Jahre beinahe tagtäglich hinnehmen. Die Staats-Ökonomen können die galoppierenden Preissteigerungen bei den Rohstoffen auch nicht annähernd dadurch ausgleichen, daß sie etwa ihre eigenen Exportprodukte entsprechend verteuern. Denn dann würde sich —

außer Meißner Porzellan vielleicht, Glas und Optik aus Jena, diversen Werkzeug-, Textil- und Druckmaschinen — nur noch wenig als absetzbar erweisen westlich der Staatsgrenze West.

Wege aus dem Dilemma könnten die rund 33 000 Forscher der DDR weisen, wenn sie nur endlich davon ablassen würden, so Kritiker Kalweit, „das in der Welt vorhandene Wissen auf die jeweilige Aufgabe zurechtzuschneiden“. Wer solche dünnen Bretter bohre, rügte der stellvertretende Akademiepräsident, verwechsle „Anwendungsforschung mit Anpassungshaltung“, und die schade dem Sozialismus.

Keine Frage allerdings, daß der angepaßte Forscher zumeist das bodenständige Produkt desselben DDR-Sozialismus ist, den er heute durch seine Unbeweglichkeit zu beschädigen droht. Denn kritisches Denken, vor allem mit der notwendigen Radikalität, war der Partei stets unheimlich, auch dann, wenn es zunächst nicht um Weltanschauliches ging.

Besonders der älteren Wissenschaftler-Generation, die noch unterm Kapitalismus das Forschen lernte, dämmert allmählich, daß jener Typ des Hochschullehrers, der brav und ohne intel-

wicklung und wissenschaftliche Denkart dieser Wissenschaftler sind noch von Erfahrungen im Klassenkampf geprägt worden — wie etwa bei Physiker Rompe, der 1930 promoviert, zwei Jahre später in die KPD eintrat und dann in die Forschungsabteilung von Osram.

Die DDR-Führung hingegen hat die staatseigenen Widersprüche und hausgemachten Hindernisse, besonders in ihren Bildungseinrichtungen, lange Zeit lieber zugedeckt, statt die Studenten, wie Jürgen Kuczynski nun reklamiert, rechtzeitig „mit den Problemen des realen Sozialismus zu konfrontieren“ und „ständige Kritik und Meinungsstreit“ zuzulassen.

Der Zielkonflikt ist offenkundig: Einerseits ist die DDR durchaus und in höherem Maße als die Bundesrepublik eine gebildete Gesellschaft. Allein in den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl ihrer Hochschulabsolventen mehr als verdoppelt. Fast jeder fünfte DDR-Werkstätige verfügt heute über eine abgeschlossene Hoch- oder Fachschulbildung (Bundesrepublik 1978: 13 Prozent).

Doch weder Industriebetriebe noch Forschungseinrichtungen waren auf die



DDR-Labor für Biochemie*: Hindernisse für kritisches Denken

lektuelle Seitensprünge seine von der Partei gestellten Hausaufgaben erledigt, den verschärften internationalen Konkurrenzbedingungen immer weniger genügt.

Daß sich Leute wie Klare, Kuczynski oder Rompe zu Wort melden, mit denen die DDR seit ihrer Geburtsstunde akademischen Staat machen konnte, nimmt nicht wunder. Individuelle Ent-

* Arzneimittelprüfung an Versuchstieren in Gatterleben bei Halle.

Folgen dieser Bildungsexplosion eingerichtet. Und so kommt es, daß sich mittlerweile viele Diplominhaber auf ihren Arbeitsplätzen überqualifiziert und unterbezahlt fühlen. Bei einer Analyse von Stellengesuchen hat beispielsweise die „Leipziger Volkszeitung“ festgestellt, „daß gerade sogenannte Hochschulkader häufig in ‚artfremde‘ Berufe abwandern, wenn diese nur mehr Abwechslung und Eigenverantwortlichkeit versprechen“.

Das aber bedeutet nicht nur, daß der Staat aus seinen Bildungsinvestitionen zu wenig Rendite zieht. Es sorgt zugleich dafür, daß sich unter den Ausgebildeten Unzufriedenheit breitmacht — die sich ein politisch so mühsam ausbalancierter Staat wie die DDR ebensowenig leisten kann wie wissenschaftliche Drittklassigkeit.

Und Gefahren für die Forschung, deren Zustand naturgemäß mit dem allgemeinen Bildungsstreben eng verbunden ist, drohen der DDR ebenfalls aus mehreren Richtungen: Zum einen wird die alte Forschergarde, soweit sie nicht schon auf dem Altenteil sitzt, in den nächsten Jahren endgültig ihren Abschied nehmen.

Bis 1995 erreicht jeder dritte der rund 3000 amtierenden Professoren die

Altersgrenze; bei den Dozenten, ebenfalls 3000 gelehrte Köpfe, wird es immerhin jeder vierte sein. Entsprechend hoch ist das Durchschnittsalter der DDR-Hochschullehrer. Bereits dann, wenn sie berufen werden, liegt es bei 45 Jahren und damit erheblich höher als in vergleichbaren Industriestaaten.

Zum anderen ist an den Hochschulen und Akademie-Instituten in den vergangenen Jahren die Grundlagenforschung zugunsten produktionsbezogener Projekte stark reduziert worden. „Was nicht möglichst schon übermorgen Geld bringt“, klagt ein Leipziger Chemiker, „hat als Experiment derzeit kaum noch eine Chance.“

Folge dieser Entwicklung: Die Forschungskapazitäten sind fast vollständig durch Kooperationsverträge mit

der Industrie erschöpft, während die Betriebe selbst weitgehend auf eigene Forschung verzichten. Nicht einmal ein Prozent der Investitionen wurde in den letzten Jahren in betriebliche Forschungseinrichtungen gesteckt.

Da paßt es ins Bild, daß die DDR-Universitäten, wie Kritiker Kuczynski sagt, verkümmert sind zu „einem Konglomerat voneinander abgekapselter Fachhochschulen“, in denen interdisziplinäres Studieren oder gar ungebundenes Forschen kaum noch stattfindet. Und dem Fortschritt zuwider ist auch die zeitweilige Abkapselung zum westlichen Ausland hin:

▷ Nur eine Minderheit von DDR-Wissenschaftlern darf regelmäßig an internationalen Westkongressen teilnehmen.

▷ Es gibt weder einen nennenswerten Forscher-Austausch mit westlichen Ländern, noch kann der wissenschaftliche Nachwuchs der DDR dort studieren und den Horizont erweitern.

Im Bereich der Mikroelektronik etwa liegt die DDR bereits um Längen hinter westlichen Standards zurück. Und bei der flotten Entwicklung in der Mikrobiologie und der technischen Biochemie könnte den Ostdeutschen auch dort eine ähnliche Deklassierung bevorstehen.

Grundbedingung dafür, daß die DDR-Forschung nicht zur wissenschaftlichen Provinz wird, ist in der Sicht des Physik-Professors Ulrich Hofmann ein Lernprozeß in der staatlich gelenkten Industrie: Sie müsse ihre „Unterschätzung der Grundlagenfor-

* Oben: Inbetriebnahme eines Forschungs- und Ausbildungsreaktors an der Technischen Universität Dresden 1978 (r.: SED-Chef Erich Honecker); unten: Automatisierungs-Projekt an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt 1979.



DDR-Labor für Kernenergie*: Grundlagenforschung unterschätzt



DDR-Labor für Maschinenbau*: „Was nicht schnell Geld bringt, hat kaum eine Chance“

schung“ endlich aufgeben. Für den Mediziner und Biologen Werner Scheler ist die unzureichende „Verflechtung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft“ sogar ein „Kardinalproblem der sozialistischen Gesellschaft“.

Kardinales berührt gewiß auch Schelers zweite Feststellung, der Forschernachwuchs müsse „bestehende Anschauungen und Ordnungen in Frage stellen“ können. Denn DDR-Studenten sind, wie eine Langzeituntersuchung des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung nachweist, „eine im Sinne der gesellschaftlichen Forderungen sehr positive Teilpopulation der Jugend“. Anders gesagt: Die zum Studium Zugelassenen zeichnen sich neben guten Schulleistungen vor allem durch ideologische Normensicherheit aus.

Zensurnorm bringe und überdies dazu neige, vom Ziel des Studienganges abzuschweifen, solle auf FDJ-Antrag diszipliniert oder gar exmatrikuliert werden können.

Das SED-Politbüro hat bereits vor fünf Monaten einen Beschluß über die „Aufgaben der Universitäten und Hochschulen“ verkündet, der einen ausreichenden wissenschaftlichen Vorlauf für die achtziger Jahre und zugleich den Generationswechsel auf den Lehrstühlen absichern soll. In dieser Richtlinie versucht sich die Parteiführung darin, es möglichst allen recht zu machen: Einerseits soll die ideologische Arbeit, insbesondere die „kommunistische Erziehung“ der Studenten, verstärkt werden; andererseits sollen sich aber auch die Freiräume für interdiszi-

DDR-Hochschullehrern schon Spitzen von über einem Drittel ihrer Dienstzeit, in dem sie tippen, photokopieren und Zeitschriften auswerten müssen.

Der Generationswechsel der kommenden Jahre stellt die Parteiführung nicht nur vor das Problem, geeigneten Nachwuchs in die Forscher- und Hochschullehrer-Laufbahn zu lenken. Er stellt — viel grundsätzlicher — den SED-Oberen vor allem die Frage, wie wohl das Jungvolk noch dafür zu begeistern sei, zum Nutzen der DDR Wissenschaft zu betreiben.

Der Vorrat an politischen Utopien, mit dem sich auch die professoralen Gründerväter des sozialistischen Deutschland einst auf den Weg aus den Trümmern gemacht hatten, scheint mit eben dieser Generation restlos verbraucht. Für die Nachgeborenen ist Kommunismus oft eine inflationierte, eine beliebige Vokabel unter vielen; ihr Wissenschaftsverständnis bringt junge Akademiker daher, ähnlich wie im Westen, entweder zu Opportunismus oder zur Verweigerung:

Eine Mehrheit forscht und erfindet, was gerade gefragt ist, und profitiert nebenbei von dem angenehmen Umstand, daß Doktoren- und Professoren-Titel den Aufstieg im Partei- und Staatsapparat ganz ungemein erleichtern. Eine Minderheit, die von DDR-Hochschulfachleuten schon für recht stark gehalten wird, fürchtet hingegen genau diese Konsequenz, von der Bertolt Brecht seinen Galilei sagen läßt, er habe seinen Beruf verraten, indem er sein Wissen den Machthabern ausliefert — „es zu gebrauchen, es nicht zu gebrauchen, es zu mißbrauchen, ganz wie es ihren Zwecken diene“.

Diese Skrupel beim kritischen Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses auszuräumen und so Engagement wie Kreativität zu gewinnen — das könnte ein weiteres Ziel der ostdeutschen Wissenschaftsdebatte sein, und genau das scheint die Kampagne zu verfehlen. Von Woche zu Woche geht mehr von der Frische verloren, mit der die alten Herren gegen Enge und Zwänge des DDR-Wissenschaftsbetriebs anpolterten. Schon klingen wieder die alten Töne auf, die, bei denen sich's so schön weghören läßt.

„Prinzipiell“, verkündete da zum Beispiel der Ost-Berliner Philosophieprofessor Herbert Hörz so selbstsicher wie Radio Eriwan, dürfe jeder junge Wissenschaftler davon ausgehen, „daß im Sozialismus ein Mißbrauch der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaften verhindert wird“.

Und auch ein hoch manövrierfähiges Wort gab dieser Professor den Jungen an die Hand. Zwischen dem Wachstumspessimismus, wie er vom Westen herüberdringe, und den Illusionen der Aufbauzeit brauche der DDR-Forscher nur die ideale Mittellage zu finden: den „realen Optimismus“.



Ost-Berliner Humboldt-Universität: Hausaufgaben für Fachidioten

Die „führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ ist von diesen DDR-Akademikern entweder akzeptiert oder opportunistisch verinnerlicht. Und das setzt einen — je nach Parteilinie engeren oder weiteren — Rahmen fürs wissenschaftliche Denken.

Vorschläge von Studentenfunktionären, wie schnellstens ein besserer wissenschaftlicher Nachwuchs geheckt und damit neuer Grund für die Grundlagenforschung gelegt werden könne, sind ähnlich widersprüchlich wie die Rezepte der Emeriti. Während der Halleser FDJ-Sekretär Martin Reso eine konsequente Entschulung der Universitäten vorschlägt, die auch zulassen müsse, „statt in die Vorlesung lieber in die Bibliothek zu gehen“, schwört sein Dresdner Kommilitone Michael Löwe auf Althergebrachtes: Wer nicht die

plinäres Studium vergrößern — durch ein breites Angebot an Wahl- und den allmählichen Abbau von Pflichtlehrveranstaltungen.

Ob dieser Balanceakt gelingen kann, ohne daß sich zugleich einige politische Rahmenbedingungen für das Betreiben von Wissenschaft verändern, ist zweifelhaft. Denn gerade die kreativen Köpfe unter den Hochschulabsolventen haben längst davon abgesehen, in der vermufften und verzapften DDR-Forschung Karriere machen zu wollen. Die meisten glauben, so klagt die Fachzeitschrift „Das Hochschulwesen“, in „der Praxis... fachlich und von den schöpferischen Anforderungen her mehr gefordert“ zu sein.

Zudem bietet die Industrie eindeutig höhere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen. Die Belastung durch Hilfsarbeiten beispielsweise erreicht bei